

DIE LINKE. PDS

BerlinInfo

September 2005



Foto: Axel Hildebrandt

Klüger sein. Die Linke wählen!



Foto: ND

Thema:

Populisten und Visionäre

Berlin kann eine bessere Steuerpolitik auf Bundesebene mehr als gut gebrauchen

Masterplan für Integration

In Berlin sollen künftig alle integrationspolitischen Maßnahmen gebündelt und bestehende Programme umgebaut werden. Ziel ist, die Integration der in Berlin lebenden Migranten mittelfristig deutlich zu verbessern. Dazu wurde vom Senat ein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt, das Sprachangebote in der Kita ebenso umfasst wie die Berücksichtigung von mehr Migranten bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst. Zudem sollen Mitarbeiter in Behörden besser im Umgang mit Zugewanderten geschult werden. Das Konzept wird nun im Abgeordnetenhaus diskutiert. Bundesweit einmalig und zu begrüßen sei, so die Linkspartei.PDS, dass sich vom Arbeits- bis zum Wissenschaftsausschuss alle Politikbereiche mit dem Thema Integration befassen müssten.

Grünpflege bleibt Bezirkssache

Die Linkspartei.PDS hält die Schaffung eines zentralen Landesbauamtes und die Privatisierung der Grünflächenunterhaltung in Berlin für falsch. Entsprechende Pläne zur Zukunft der so genannten planenden und bauenden Bereiche der Bezirke, die auf ein Gutachten des Senats zurückgehen, wurden von der Fraktion im Abgeordnetenhaus abgelehnt. Stattdessen wird eine Lösung unterstützt, bei der die Bezirke in eigener Regie z. B. bei der Grünpflege oder dem Wegebau kooperieren.

Erste Rate für FHTW bewilligt

Das Abgeordnetenhaus hat in Höhe von 18,1 Millionen Euro eine erste Rate für den Bau eines neuen Campus der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) in Oberschöneweide freigegeben. Damit können Gebäudetrakte an der Wilhelminenhofstraße bis zum Wintersemester 2006/2007 fertig gestellt werden. Bis 2010 sollen die bisher fünf Standorte der FHTW auf zwei Camps in Karlshorst und Oberschöneweide mit je 5.000 bzw. 6.000 Studierenden konzentriert werden. Am traditionellen Standort Karlshorst werden vor allem die Wirtschaftswissenschaften verbleiben.

Es kommt sicher nicht allzu oft vor, dass im Berliner Abgeordnetenhaus mitten im Bundestagswahlkampf auch noch der Landeshaushalt diskutiert wird. Für die Linkspartei.PDS war es allerdings eine gute Gelegenheit, klar zu sagen, warum das, was wir auf Landesebene für die nächsten zwei Jahre vorhaben, ganz und gar kein Widerspruch zu dem ist, was wir für die Bundespolitik fordern. Das liegt zum einen daran, dass trotz schwieriger Entscheidungen immer unser Grundsatz war, diejenigen stärker zu beanspruchen, die Belastungen besser tragen können, als jene mit geringen Einkommen. Zum anderen könnten wir auch den öffentlichen Haushalt Berlins leichter wieder flott bekommen, wenn auf Bundesebene eine bessere Politik gemacht würde. Stattdessen ist die rot-grüne Politik, sind die Hartz-Gesetze und ist insbesondere die Steuerreform zum großen Verlustbringer für Berlin geworden. Hartz IV hat der Stadt einen Kaufkraftverlust von 300 Millionen Euro beschert. Die Steuerausfälle betragen inzwischen fast 900 Mio. Euro pro Jahr.

Das kann sich keine Kommune leisten. Und auch deshalb hat die Linkspartei zur Bundestagswahl ein konsequentes Umsteuern verlangt. Natürlich haben wir dazu auch Vorschläge gemacht. Wir setzen dabei auf die Umverteilung von oben nach unten, wie man es von einer sozialistischen Partei erwarten kann. Wir wollen eine Vermögenssteuer, die oberhalb des dreifachen Durchschnittsvermögens gilt, das heißt ab 300.000 Euro. Wir wollen ein steuerfreies Jahreseinkommen bis 12.000 Euro. Danach müssen 15 Prozent und für jeden Euro über 60.000 Euro soll der Spitzensteuersatz von 50 Prozent entrichtet werden. Das trifft Menschen in diesem

Land, die mehr als 6.000 Euro im Monat verdienen. Ich kenne nicht wenige, die auch bereit sind, mehr zu zahlen. Sie wollen, dass ihre Kinder in den Schulen noch bessere Bedingungen bekommen, und sie wissen, dass die öffentliche Hand dafür nur Geld ausgeben kann, wenn sie auch Steuern einnimmt.

Doch was macht die politische Konkurrenz? Anstatt sich mit unseren Vorschlägen auseinander zu setzen und nach Alternativen zu suchen, beschimpfen uns von den Grünen bis zur CDU alle: „Populisten!“ Ihren Anwärter auf das Amt des Bundesfinanzministers, Paul Kirchhof, nennen Kanzlerkandidatin Angela Merkel, FDP und andere dagegen einen „Visionär“. Kirchhof will den Steuersatz für alle Einkommensarten auf 25 Prozent begrenzen, alle Steuervergünstigungen streichen und die Mehrwertsteuer soll dann laut CDU um zwei Prozent erhöht werden.

Sprich: Wer dafür eintritt, dass Besserverdienende und Großunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland auch Lasten zu tragen haben, ist ein Populist. Wer ihnen Steuergeschenke macht und zum Ausgleich der Mindereinnahmen alle zur Kasse bittet, gilt als Visionär.

■ *Stefan Liebich, Die Linkspartei.PDS Berlin, Landes- und Fraktionsvorsitzender*

P.S.: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin) hält die Steuersenkungspläne von Kirchhof kurzfristig für nicht finanzierbar. «Es gibt enorme Ausfälle von über 26 Milliarden Euro pro Jahr, und diese Ausfälle werden nicht durch Wegfall der Vergünstigungen so einfach kompensiert», sagte DIW-Präsident Klaus Zimmermann Gespräch mit einer Nachrichtenagentur...



Foto: Axel Hildebrandt

Neuer Name. Auf der außerordentlichen Tagung des 9. Landesparteitages am 7. Juli änderten die Delegierten mit 106 Ja-Stimmen bei drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen die Landessatzung und votierten für die Umbenennung in „Die Linkspartei.PDS Landesverband Berlin“.



Foto: Axel Hildebrandt

Vor dem Palast Gemeinsam besuchten die Spitzenkandidaten der Berliner Linkspartei.PDS den asbestsanierten Rohbau des Palasts der Republik. Wolfgang Thierse und Manfred Stolpe (beide SPD) wollen ihn nun beschleunigt schleifen lassen.

Aus dem Wahlprogramm der Linkspartei.PDS: Für eine **neue soziale Idee!**

Fünf Millionen Menschen ohne Arbeit – das ist die Bilanz rot-grüner Regierungspolitik. Eine schwarz-gelbe Regierung würde die „Reformen“ von Rot-Grün noch verschärfen. Der Deutsche Bundestag braucht eine wirkliche Opposition – Die Linkspartei.PDS. Wir stehen für eine andere Politik – für soziale und demokratische Alternativen.

Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Wir wollen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit und Ein-Euro-Jobs finanzieren. Verkürzung statt Verlängerung der Arbeitszeiten, Abbau von Überstunden, Stärkung der Kaufkraft, Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigung – das sind wirksame Instrumente zum Abbau von Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Bildung für alle!

Wir fordern Reformen, die allen Menschen nach ihrem Willen und Können Zugang zu Bildung, Kultur, Information und zu den Netzen der neuen Medien garantieren. Wir lehnen sowohl die soziale Ausgrenzung im heutigen dreigliedrigen Schulsystem als auch Studiengebühren ab.

Neuansatz für strukturschwache Regionen in Ost und West!

Die Arbeitslosigkeit im Osten ist doppelt so hoch wie im Westen. Wir plädieren für eine neue Art von Industriepolitik in strukturschwachen Regionen in Ost und West, die Zukunftsbranchen als Kerne der Struktur- und Wirtschaftsentwicklung profiliert.

Mehr direkte Demokratie durchsetzen!

Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten.

Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer Volksverhetzung und Gewalttaten.

Für ein solidarisches Steuersystem!

Unser Steuerkonzept entlastet unterdurchschnittliche Einkommen und verschafft der öffentlichen Hand höhere Einnahmen. Wir wollen die Vermögenssteuer wieder einführen, die Erbschaftssteuer erhöhen, gewinnstarke Unternehmen und große Einkommen höher besteuern und die Gewerbesteuer reformieren. Steuerhinterziehung und Steuerflucht müssen bekämpft, Börsengeschäfte und Finanzspekulationen endlich wieder besteuert werden.

Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten!

Der Kampf gegen den Terrorismus lässt sich gewinnen, der Krieg gegen ihn nicht. Wir setzen in der Außenpolitik auf die Stärkung der Menschenrechte und eine demokratische Regulation der Finanzmärkte. Wir fordern die umfassende Entschuldung der Entwicklungsländer. Wir treten für eine Stärkung und Reform der UNO ein.

Wir wollen eine bessere Gesellschaft. Eine, in der Schwache nicht länger schwach, Einzelne nicht länger allein, Arbeitsuchende nicht länger arbeitslos, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben. Deshalb: Ihre Stimme für wirkliche Alternativen! Ihre Stimme für Die Linkspartei.PDS!

Friedenspreis

Bundeskanzler Schröder wurde für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Petra Pau, Linkspartei.PDS im Bundestag, kommentierte das kurz und bündig: „So entweicht man Friedenspreise.“ Der Hintergrund: Noch nie gab es so viele Auslandseinsätze der Bundeswehr wie unter Rot-Grün und Kanzler Schröder.

Ärztmangel

Für die neuen Bundesländer wird ein erheblicher Ärztemangel prognostiziert. Dazu Gesine Lötzsch, Linkspartei.PDS im Bundestag: „Ein Baustein für eine bessere Versorgung wäre ein von uns erarbeitetes Gemeindeforschungsprogramm. Das würde nicht alle Probleme lösen, könnte aber zu einer enormen Entlastung der Ärzte führen.“

Rechenkünste

Die Vorschläge der Linkspartei.PDS seien unbezahlbar und daher unredlich, meint die SPD. „Irrtum“, klärte Bodo Ramelow, Bundeswahlkampfleiter der Linkspartei.PDS, auf: „Unser Wahlprogramm sieht 57 Mrd. Euro zusätzliche Ausgaben vor. Unser Steuerkonzept brächte 64 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Bleibt eine Differenz von plus sieben Milliarden Euro.“

Sprechstunden unter freiem Himmel:

Petra Pau am 16. 9., 14–15.30 Uhr am Infostand am S-Bahnhof Kaulsdorf. **Gesine Lötzsch** am 17. 9., 11–12 Uhr am Infostand Trabrennbahn Karlsruh. Schönes Wetter ist bitte mitzubringen!

Bundestagsbüro Dr. Gesine Lötzsch

Ahrenschooper Str. 5
13051 Berlin
Tel (0 30) 99 27 07 25
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de

Wahlkreisbüro

Petra Pau
Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de

Wahl-ABC:

Wer wahlberechtigt ist, hat zwei Stimmen: eine Erststimme und eine Zweitstimme. Beide sind wichtig, sie haben aber eine unterschiedliche Bedeutung.

Erststimme

Mit der Erststimme wählen Sie eine Person. In jedem Wahlkreis gibt es Bewerber für das so genannte Direktmandat. Für die Linkspartei.PDS sind das zum Beispiel Gesine Lötzsch in Lichtenberg, Gregor Gysi in Treptow-Köpenick und Petra Pau in Marzahn-Hellersdorf. Natürlich haben auch andere Parteien Direktkandidaten nominiert.

Sie können sich mit ihrer Erststimme für einen dieser Bewerber entscheiden. Wer schließlich die meisten Erststimmen auf sich vereint, hat den Wahlkreis gewonnen und zieht direkt in den Bundestag ein. Die Direktkandidaten stehen auf dem Wahlzettel links.

Zweitstimme

Mit der Zweitstimme wählen Sie eine Partei. Die Summe der Zweitstimmen – bundesweit – entscheidet darüber, wie stark die jeweilige Partei im Bundestag vertreten sein wird. Wer sich also für die Linkspartei.PDS entscheiden will, muss „Die Linke“ ankreuzen. Denn das ist auf dem Wahlzettel die Kurzbezeichnung für „Die Linkspartei.PDS“. Sie finden „Die Linke“ übrigens auf der rechten Hälfte des Wahlzettels auf Listenplatz 4.

Briefwahl

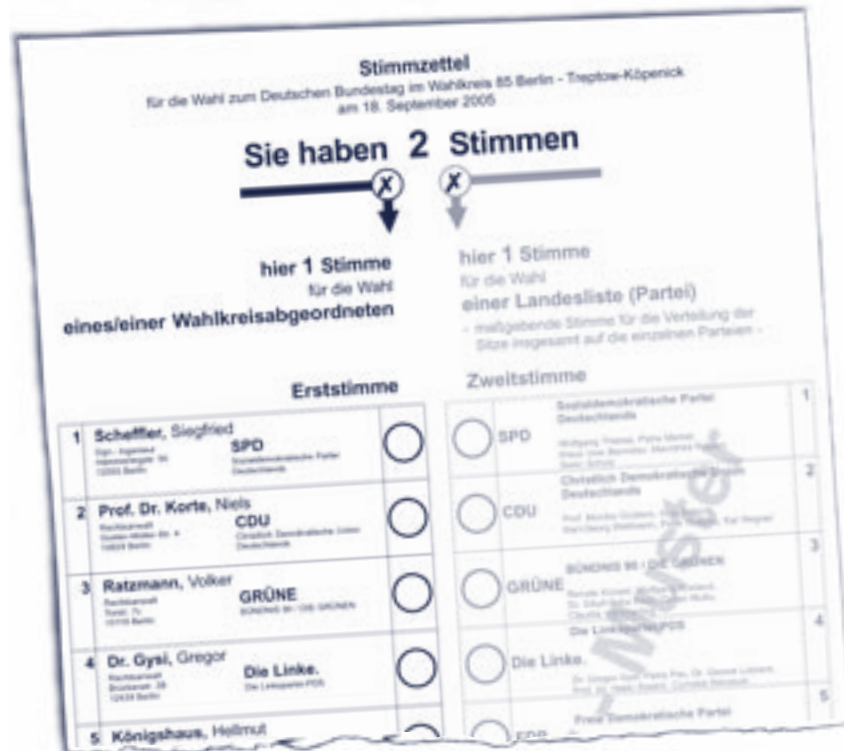
Wahlberechtigte können ihr Wahlrecht auch dann ausüben, wenn sie am Wahltag, also am 18. September 2005, verhindert sind. Dafür gibt es die Briefwahl. Wenn Sie vorab per Brief wählen wollen, dann müssen Sie sich an ihr zuständiges Bezirkswahlamt wenden. Sie können die Briefwahl übrigens auch via Internet vollziehen. Entsprechende Hinweise finden Sie unter <http://www.statistik-berlin.de/wahlen/>

Stimmzettel

Das nebenstehend abgedruckte Muster gilt für den Wahlkreis Treptow-Köpenick. Jeder Berliner Wahlkreis hat einen eigenen Stimmzettel. Denn es kandidieren ja unterschiedliche Personen für das Direktmandat.

Impressum:

Die Linkspartei.PDS
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@pds-berlin.de
Internet: www.linke.pds-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung www.WARENFORM.net
Druck: www.druckerei-buntherhund.de
Redaktionsschluss: 25. 8. 2005



Service

Links

kommt!

Wahlkampf-Abschlussveranstaltung mit
Gregor Gysi, Oskar Lafontaine,
Bodo Ramelow, Klaus Ernst, Lothar Bisky,
Petra Pau, Gesine Lötzsch und Stefan Liebich.

Musik: *Mellow Mark*

Freitag, 16. September
16–18 Uhr
Berlin, Schloßplatz